



Vor rund 100 Besuchern sprach Innenminister Peter Beuth am Dienstag im Bürgerhaus Hochstadt.

Fotos: Kalle

„Wir müssen Flüchtlingszuzug verringern“

Innenminister Beuth bei „Hessen sicher“-Symposium der CDU in Maintal – Asylbewerberstrom zentrales Thema

Maintal. Das zurzeit alles beherrschende Thema „Flüchtlinge“ bestimmte am Dienstagabend auch das „Hessen sicher“-Symposium der Maintaler CDU im Kolleg des Bürgerhauses Hochstadt. Rund 100 Interessierte, darunter auch zahlreiche Gäste von außerhalb (eine Besucherin kam sogar aus dem zurzeit viel zitierten Köln), waren vor allem wegen des Auftritts von Hessens Innenminister Peter Beuth (CDU) gekommen.

Er informierte – nach der Begrüßung durch Maintals CDU-Chef Martin Fischer und dem Einführungsvortrag von Jörg Dreger, der im Vorstand der Christdemokraten für die Organisation der Veranstaltungen zuständig ist – ausführlich über den aktuellen Stand in Sachen Flüchtlingszuzug nach Hessen. Beuth machte dabei deutlich, dass eine Verringerung des Zugangs von Asylbewerbern nach Deutschland dringend geboten sei. Nicht zuletzt, weil spätestens nach den Vorfällen von Silvester in Köln, Hamburg und anderswo die Stimmung in der Bevölkerung am Kippen sei. Beuth setzt seine Hoffnungen, dass sich der Zuzug der Flüchtlinge aus den syrischen Kriegsgebieten verringert, vor allem auf die in diesen Tagen stattfindenden Gespräche mit der Türkei, bei denen es auch um die rund zwei Millionen syrischen Flüchtlinge geht, die dort zunächst Zuflucht gefunden haben. Man müsse die Türkei bei der Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge unterstützen, damit diese dort bleiben und nicht nach Europa weiterziehen. „Wir müssen gemeinsam die Voraussetzungen schaffen, dass die syrischen Flüchtlinge in der Region bleiben, um dann nach Ende des Kriegs wieder in ihre Heimat zurückzukehren“, ist Beuth überzeugt, dass eine finanzielle und organisatorische Unterstützung der Türkei in Sachen syrische Flüchtlinge den Zustrom nach Europa merklich reduzieren würde. Ein großes Lob sprach der Minister allen beteiligten Helfern und mit der Organisation der Unterbringung der Asylbewerber beschäftigten Personen aus, die im vergangenen Jahr Hervorragendes geleistet hätten. „Unser Ziel war es, dass niemand nur einen Tag obdachlos bleiben musste. Dies ist uns gelungen. Und wir haben in Hessen im Jahr 2015 rund 80 000 Flüchtlinge untergebracht. Das war eine enorme Kraftanstrengung“, strich der CDU-Politiker aus

dem Rheingau-Taunus-Kreis heraus, der das Amt des Innenministers seit genau zwei Jahren als Nachfolger von Boris Rhein innehat. Die enorme Herausforderung, die man im vergangenen Jahr zu meistern hatte, werde auch deutlich, wenn man die Vergleichszahlen von 2014 heranziehe. Im vorvergangenen Jahr habe Hessen „nur“ knapp 17 500 Flüchtlinge aufnehmen müssen. Mit Gießen, Neustadt, Büdingen und Rotenburg an der Fulda gibt es derzeit vier Erstaufnahmeeinrichtungen in ganz Hessen.

Wohl auch aufgrund der kalten Jahreszeit habe sich die Zahl der Flüchtlinge in den vergangenen Wochen reduziert. Derzeit kämen rund 400 Flüchtlinge pro Tag. Am Dienstag, so Beuths aktuelle Zahl, seien es in Hessen genau 306 Neuankommlinge gewesen. Im Oktober habe die tägliche Flüchtlingszahl noch im Durchschnitt etwa 1300 betragen. Entsprechend würden momentan auch keine neuen Notunter-

künfte aufgebaut. Dies betreffe auch Maintal, so Peter Beuths Antwort auf eine Nachfrage aus dem Kreis der Besucher des CDU-Symposiums, sodass das Gelände an der Hochstädter Edisonstraße derzeit noch nicht zur Unterbringung von Flüchtlingen genutzt werden müsse.

„Wichtig ist uns, dass wir nun landesweit die Turnhallen wieder freigeben können.



in denen Flüchtlinge untergebracht waren, damit die Vereine und Schulen diese wieder nutzen können“, verwies der Innenminister auf eine seiner Ansicht nach positive Entwicklung. Laut einer gestern veröffentlichten Pressemitteilung des Landessportbundes Hessen seien landesweit derzeit mindestens 36 Sporthallen noch mit Flüchtlingen belegt. Bis Ende Februar solle sich diese Zahl zunächst auf 19 reduzieren.

Ausführlich ging Beuth auf die Auswirkungen der Vorgänge in der Silvesternacht vor allem in Köln, aber auch in anderen deutschen Großstädten ein, bei denen es massenhaft sexuelle Übergriffe auf Frauen durch vorwiegend nordafrikanische Männer gegeben hatte. Trotz der Anschläge von Paris und weiterer Terrorakte im Jahr 2015 sei das Sicherheitsempfinden der Deutschen insgesamt noch recht groß gewesen, so der Innenminister am Dienstag in Hochstadt. „Aber die Vorgänge an Silvester haben dieses nun nachhaltig erschüttert. Es ist der Eindruck entstanden, als ob die Bürger praktisch schutzlos, wir wehrlos sind. Vor allem aber ist bei vielen der Eindruck entstanden, dass die Behörden etwas unter den Teppich kehren wollen. Das Vertrauen in den Staat ist durch diese Vorgänge und den Umgang mit ihnen untergraben worden“, fasste der 48-Jährige den derzeit vorherrschenden subjektiven Eindruck zusammen.

Dies sei in der Realität aber nicht so. „Wir haben nach den Anschlägen von Paris und den Vorgängen in Köln die polizeiliche Präsenz weiter verstärkt. Das wird nun

auch für den bald beginnenden Straßenkarneval gelten. Im Übrigen hat die hessische Landesregierung bereits vor den Ereignissen an Silvester beschlossen, insgesamt 400 neue Polizeistellen zu schaffen“, verwies der Christdemokrat auf die Aktivitäten der Landesregierung bezüglich Sicherheit. In diesem Zusammenhang erwähnte er ebenso, dass die Zahl der Straftaten im Jahr 2014 auf knapp unter 400 000 gesunken sei. Ein Wert, der deutlich unter den Zahlen der 90er Jahre gelegen habe. Außerdem habe man in Hessen im Jahr 2014 die zweithöchste Aufklärungsquote von Kriminaldelikten seit Beginn der hessischen Kriminalstatistik im Jahr 1971 erzielt.

Der Innenminister wollte sich zwar nicht auf den Begriff „Obergrenze“ festlegen, machte jedoch in seinen Ausführungen deutlich, dass Deutschland bei der Aufnahme der Flüchtlinge an seine Grenzen stoße und die von Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) genannte Höchstzahl von 200 000 für das Jahr 2016 realistisch sei. Zudem sprach er sich für eine konsequente Abschiebung von Asylbewerbern aus, die keine Anerkennung erhielten. Dies sei in Hessen 2015 beispielsweise bei den Flüchtlingen vom Balkan der Fall gewesen. Und genauso müsse man mit jenen aus den sogenannten Maghreb-Staaten (Tunesien, Algerien und Marokko), die in der Regel Wirtschaftsflüchtlinge seien.

Bei der anschließenden Diskussion gab es auch kritische Stimmen aus der Zuhörerschaft. Die bereits erwähnte Besucherin aus Köln, die nach eigenen Angaben unweit des Doms wohne, zeigte sich beispielsweise überzeugt davon, dass viele der Flüchtlinge kriminell aktiv seien und die Vorgänge von Silvester kein Zufall und auch nicht die ersten Vorfälle dieser Art gewesen seien.

Insgesamt bestätigte so manche Äußerung aus der Runde im Kolleg des Hochstädter Bürgerhauses, dass Beuth mit seiner Einschätzung, dass die Stimmung am Kippen ist, richtig liegt. Auch an diesem Abend wünschten sich viele der Anwesenden eine deutliche Begrenzung des Zugangs von Flüchtlingen. Vor allem auch, weil viele andere Staaten in der EU bislang kaum Asylbewerber aufgenommen hatten, was Beuth nicht zu Unrecht als „grob unsolidarisches Verhalten“ brandmarkte.

Lars-Erik Gerth (MTA)



Setzt Hoffnungen in Gespräche über die Krisenregionen: Peter Beuth bei seinem Vortrag in Maintal.